

**Niederschrift über die Sitzung des Finanzausschusses
am Dienstag, dem 05.12.2017, im Ausschusszimmer des
Kreishauses Warendorf (4. OG, Raum C 4.26)**

**Beginn: 09:00 Uhr
Ende: 12:40 Uhr**

		Seite
.	<u>I. Öffentlicher Teil</u>	
1.	Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner	5
2.	Jahresabschluss 2016 hier: Beschluss über das Jahresergebnis 2016	385/2017 6
3.	Bericht zur Haushaltssituation 2017	388/2017 7
4.	Bereitstellung von überplanmäßigen Haus- haltsmitteln für die Grunderneuerung der K 23 Sünninghausen	372/2017 8
5.	Begleitvorlage zum Entwurf der Haushaltssat- zung 2018: Erläuterungen zum Stellenplan	374/2017 9
6.	Neufassung der Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Benutzung der Einrichtung des Rettungsdienstes des Kreises Warendorf	394/2017 11
7.	Neufassung der Satzung über die Erhebung von Gebühren für Amtshandlungen auf dem Gebiet der Fleischhygiene	392/2017 12
8.	Förderung der freiwilligen Ausreise für Ausrei- sepflichtige aus sicheren Herkunftsstaaten	345/2017 13

9.	Beitritt des Kreises zur öffentlich-rechtlichen Anstalt d-NRW AöR	401/2017	14
10.	Sanierungsprogramm 2018-2020 an den Caritas-Förderschulen Heinrich-Tellen-Schule und Vinzenz-von-Paul-Schule	373/2017	15
11.	Umsetzung des FMO-Finanzierungskonzeptes - Zuführung zur Tranche 2019 und Tranche 2020	406/2017	16
12.	Beratung des Entwurfs der Haushaltssatzung 2018 mit Haushaltsplan und Anlagen, soweit die Zuständigkeit anderer Fachausschüsse nicht gegeben ist	389/2017	17
13.	Abschließende Beratung und Beschlussfassung zur Haushaltssatzung 2018 mit Haushaltsplan und Anlagen	390/2017	19
14.	Beteiligungsbericht des Kreises Warendorf für das Jahr 2016	391/2017	20
15.	Wechsel des Vermögensverwaltungsmandats von der DZ Bank AG (früher: WGZ Bank) zur DZ Privatbank S.A.	407/2017	21
.	<u>II. Nichtöffentlicher Teil</u>		
1.	Wechsel des Vermögensverwaltungsmandats von der DZ Bank AG (früher WGZ Bank) zur DZ Privatbank S. A.	408/2017	
2.	Verkauf des Geländes Bauhof Warendorf	404/2017	

Anlagen

Anlage 1	Präsentation TOP 3 Bericht zur Haushaltssituation 2017
Anlage 2	Präsentation TOP 5 Begleitvorlage Stellenplan
Anlage 3	Präsentation TOP 12 Beratung Haushalt 2018 in der Zuständigkeit des Finanzausschusses
Anlage 4	Beantwortung der Anfrage der Kreistagsfraktion Bündnis 90 / Die Grünen vom 21.11.2017 zur Errichtung einer Vollzeitstelle „Amazon-Projekt“

- Anlage 5 Tischvorlage zu TOP 13
 Anlage 6 Präsentation TOP 15 Wechsel Vermögensverwaltungsmandats zur DZ-Privatbank S.A.

Anwesend:

Ausschussmitglieder	
Buschkamp, Franz-Josef	
Drestomark, Bernhard	
Fleiter, Albert	
Geiger, Andrea	Vertretung für Herrn Heinrich Budde
Gutsche, Guido	Vertretung für Herrn Winfried Kaup
Kleene-Erke, Andrea	
Kozler, Thomas	
Kreft, Peter	
Menke, Hans-Ulrich	
Möllmann, Rolf	
Pries, Wilhelm	
Schulze Westhoff, Stephan	
Tegelkämper, Paul	Vertretung für Herrn Bernhard Kleibolde
Thiel, Joachim	Vertretung für Herrn Ulrich Schlösser
Westerwalbesloh, Florian	bis TOP 14
von der Verwaltung	
Funke, Stefan Dr.	
Klausmeier, Brigitte	
Kleier, Ulrike	
Knoche, Fabienne	
Nachtigäller, Laura	bis TOP 13
Rehers, Carsten	
Schreier, Petra	
Tecklenborg, Markus	ab TOP 15

Es fehlten entschuldigt:

Ausschussmitglieder
Budde, Heinrich
Hermans, Pia
Kaup, Winfried
Kleibolde, Bernhard
Multermann, Joachim
Schlösser, Ulrich
Schulte, Stephan

Herr Kreft eröffnet um 09.00 Uhr die Sitzung und stellt fest, dass der Finanzausschuss mit der Einladung vom 25.09.2017 form- und fristgerecht einberufen worden ist. Einwendungen gegen die Tagesordnung werden nicht erhoben.

I. Öffentlicher Teil

Herr Thiel regt für den TOP 12 bei der Besprechung zur Einrichtung einer Vollzeitstelle für das „Amazon-Projekt“ an, die Anfrage der Kreistagsfraktion Bündnis 90 / Die Grünen vor dem Antrag der Kreistagsfraktion Die Linke zu behandeln. Gegen diesen Vorschlag werden keine Einwendungen erhoben.

1. Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner	
--	--

Auf Nachfrage von Herrn Kreft meldet sich kein Einwohner zu Wort.

2.	Jahresabschluss 2016 hier: Beschluss über das Jahresergebnis 2016	385/2017
-----------	--	-----------------

Beschlussvorschlag:

Der Überschuss des Haushaltsjahres 2016, der im Jahresabschluss 2016 mit 9.678.547,69 € ausgewiesen ist, wird i. H. v. 2.242.743,56 € unmittelbar mit der Allgemeinen Rücklage verrechnet. Der Restbetrag i. H. v. 7.435.804,13 € wird i. H. v. 1.440.000 € der Ausgleichsrücklage und i. H. v. 5.995.804,13 € der Allgemeinen Rücklage zugeführt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen (15 Ja)

3. Bericht zur Haushaltssituation 2017**388/2017**

Herr Dr. Funke geht anhand einer PowerPoint-Präsentation, die den Ausschussmitgliedern auch als Tischvorlage vorliegt und Anlage der Niederschrift ist (**Anlage 1**), auf die wesentlichen Erkenntnisse des Finanzstatusberichtes zum 01.10.2017 ein.

Die Verwaltung rechnet aktuell mit einem Jahresüberschuss i. H. v. rd. 3,0 Mio. €. Im Vergleich zum letzten Finanzstatusbericht vom 01.08.2017 verbesserte sich das Ergebnis damit weiter.

Der Finanzausschuss nimmt den Bericht **zur Kenntnis**.

4.	Bereitstellung von überplanmäßigen Haushaltsmitteln für die Grunderneuerung der K 23 Sünninghausen	372/2017
-----------	---	-----------------

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag stimmt der Bereitstellung von überplanmäßigen Mitteln in Höhe von 294.000 € im Teilfinanzplan Produktgruppe Straßenbau und –unterhaltung Investitions-Nr. 16.66.00 K 23/11 Vellern-Sünninghausen gem. § 83 Abs. 2 GO NRW zu. Die Deckung erfolgt durch Einsparung bei der Maßnahme K 19/1 Radweg Everswinkel II. BA (Inv.-Nr. 15.66.007) in Höhe von 117.600 € sowie durch erhöhte Förderung in Höhe von 176.400 €.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen (15 Ja)

5.	Begleitvorlage zum Entwurf der Haushaltssatzung 2018: Er- läuterungen zum Stellenplan	374/2017
-----------	--	-----------------

Frau Schreier erklärt die wesentlichen Punkte der Sitzungsvorlage anhand einer PowerPoint-Präsentation, welche den Ausschussmitgliedern auch als Tischvorlage vorliegt und Anlage der Niederschrift ist (**Anlage 2**).

Herr Westerwalbesloh sieht den Stellenzuwachs im Jobcenter unter Berücksichtigung der Entwicklung der Bedarfsgemeinschaften kritisch. Frau Schreier erklärt, welche zusätzlichen Stellen im Jobcenter eingeplant sind. Gleichzeitig stellt sie fest, dass diese Stellen nur bedarfsgerecht besetzt werden, um schnell reagieren zu können.

Bei ihren Ausführungen erklärt Frau Schreier, dass der Stellenplan 2018 den höchsten Stand an drittfinanzierten Stellen im Vergleich zu Vorjahren ausweist. Des Weiteren stellt sie dar, dass in bestimmten Bereichen (beispielsweise dem Ausländeramt) bereits Stellen befristet besetzt sind, diese aber nun als Planstelle aufgenommen werden mussten, um die Mitarbeiter zu halten. Ein Teil der Stellenausweitung geht ferner auf neue Aufgaben des Kreises zurück.

Auf Nachfrage von Herrn Gutsche erklärt Frau Schreier, dass zusätzliche Aufgaben in Bereichen des Prostituiertenschutzgesetzes, des Überwachungsgewerbes, der Eingliederungshilfe, des Unterhaltsvorschusses sowie des Adoptions- und Pflegekinderdienstes von der Verwaltung übernommen wurden.

Herr Westerwalbesloh erklärt, dass die Mitglieder der SPD dem Stellenplan zustimmen, obwohl die zusätzlich benötigten flüchtlingsbedingten Stellen kritisch gesehen werden.

Frau Klausmeier führt aus, in welchen Bereichen des Jobcenters zusätzliche Stellen eingeplant werden mussten. Gleichzeitig verweist sie auf die zukünftigen Familiennachzüge, die erhebliche Auswirkungen auf das Jobcenter haben werden.

Herr Gutsche teilt mit, dass die CDU sich eingehend mit allen Stellenausweitungen beschäftigt hat und diese für notwendig und plausibel hält. Eine engmaschige personelle Begleitung im Bereich des Jobcenters sei notwendig.

Herr Menke erklärt, dass er den Stellenplan mitträgt, auch wenn er ihn in manchen Punkten kritisch sehe.

Zu den bereits erklärten Gründen für die Stellenausweitung stellt Frau Schreier die Zahlen von potentiellen Familiennachzügen und deren Auswirkungen dar.

Herr Thiel weist darauf hin, dass Personal an die erweiterten Aufgaben anzupassen sei.

Zum demografischen Wandel des Personals führt Frau Kleene-Erke aus, dass der Kreis in einem überschaubaren zeitlichen Rahmen vorausschauend planen sollte.

Hierzu stellt Herr Dr. Funke klar, dass der Stellenzuwachs nicht ausschließlich auf dem demografischen Wandel fußt und man vorausschauend für die nächsten Jahre plane. Nichtsdestotrotz liege die jährliche Mitarbeiterfluktuation bei ca. 80 bis 100 Personen.

Der Finanzausschuss nimmt den Bericht **zur Kenntnis**.

6.	Neufassung der Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Benutzung der Einrichtung des Rettungsdienstes des Kreises Warendorf	394/2017
-----------	---	-----------------

Frau Kleier stellt die Sitzungsvorlage vor. Sie verweist auf den im Kreistag am 20.10.2017 beschlossenen Rettungsdienstbedarfsplan und erklärt, dass es im weiteren Verlauf zu einer aktualisierten Ergänzungsvorlage kommen kann, sofern neue Verhandlungsergebnisse mit den Krankenkassen vorliegen. In diesem Zusammenhang verweist sie auch auf die Anpassung der Rettungsdienstgebühren 2018 unter TOP 12.

Beschlussvorschlag:

1. Der als Anlage 1 beigefügten Gebührenkalkulation für die Neufassung der Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Benutzung der Einrichtungen des Rettungsdienstes des Kreises Warendorf wird zugestimmt.
2. Die als Anlage 3 beigefügte Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Benutzung der Einrichtungen des Rettungsdienstes des Kreises Warendorf wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen (15 Ja)

7.	Neufassung der Satzung über die Erhebung von Gebühren für Amtshandlungen auf dem Gebiet der Fleischhygiene	392/2017
-----------	---	-----------------

Frau Kleier stellt die Sitzungsvorlage vor und erklärt das Vorgehen zur Erstellung der neuen Gebührenkalkulation.

Bezüglich der Gebühr für die Großbetriebe erschließt sich Herrn Thiel nicht, warum nicht mittelfristig von Stückpreisen zu tatsächlichen Stundenlöhnen als Faktor übergegangen werde. Hierzu erklärt Herr Dr. Funke, dass man sich an einer Mustersatzung des Landkreistages NRW orientiert habe und der Kreisverwaltung kein Kreis bekannt sei, bei dem die Gebühren in Großbetrieben anhand der tatsächlichen Stundenlöhne ermittelt wird. Herr Thiel bittet, seinen Wunsch innerhalb der Verwaltung zu kommunizieren. Der Vorsitzende stellt fest, dass es sich um keinen Änderungsantrag handelt.

Beschlussvorschlag:

Die Satzung über die Erhebung von Gebühren für Amtshandlungen auf dem Gebiet der Fleischhygiene wird in der als Anlage 1 beigefügten Fassung beschlossen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen (13 Ja, 2 Enthaltung)

8. Förderung der freiwilligen Ausreise für Ausreisepflichtige aus sicheren Herkunftsstaaten	345/2017
--	-----------------

Frau Schreier stellt die Vorlage vor und erklärt die aktuellen Zahlen. Ferner führt sie aus, dass das neue Bundesprogramm zur Ausreise, welches in den letzten Tagen der Presse entnommen werden konnte, keine Doppelfinanzierung darstelle, da dies Mittel für einen anderen Personenkreis zur Verfügung stelle. Eine Förderung aus beiden Programmen ist lediglich bei Menschen aus Ghana und Senegal möglich; diese Personengruppe mache eine geringe Zahl im Kreis Warendorf aus.

Frau Schreier erläutert anhand einer Beispielrechnung, wie hoch die Kosten einer Kommune vergleichsweise sind, wenn keine Ausreise erfolgt. Die vorgeschlagene Förderung sei bereits in der Bürgermeisterkonferenz diskutiert worden. Durch die Förderung entstehe kein Anreiz zum Zuzug.

Auf Nachfrage von Herrn Westerwalbesloh, ob der Kreis über eine Befristung der Förderung nachgedacht habe, erklärt Frau Schreier, dass auf Wunsch der Flüchtlingshilfe der zeitliche Druck aus der Regelung genommen wurde. Gleichzeitig sei es nicht möglich, alle Ausreisepflichtigen innerhalb kurzer Zeit einzuladen, um das Gespräch zu suchen. Dem Wunsch auf eine zeitliche Befristung des Programms schließt sich Herr Möllmann an, die Verwaltung solle beauftragt werden, eine zeitliche Befristung zu überprüfen und ggf. einzuführen.

Beschlussvorschlag:

Um die freiwillige Rückkehr von ausreisepflichtigen Ausländern aus sicheren Herkunftsstaaten finanziell zu unterstützen und zu stärken, werden außerplanmäßig 80.000 € im Haushaltsjahr 2017 bereitgestellt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen (15 Ja)

9.	Beitritt des Kreises zur öffentlich-rechtlichen Anstalt d-NRW AöR	401/2017
-----------	--	-----------------

Herr Dr. Funke stellt die Vorlage vor und erklärt die Vorteile eines Beitritts des Kreises zur öffentlich-rechtlichen Anstalt d-NRW AöR.

Beschlussvorschlag:

Der Kreis Warendorf tritt der d-NRW AöR rückwirkend zum 01.01.2017 bei.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen (15 Ja)

10.	Sanierungsprogramm 2018-2020 an den Caritas-Förderschulen Heinrich-Tellen-Schule und Vinzenz-von-Paul-Schule	373/2017
------------	---	-----------------

Beschlussvorschlag:

1. Die Instandsetzungsaufwendungen i. H. v. insgesamt 1.712.200 € an der Heinrich-Tellen-Schule und der Vinzenz-von-Paul-Schule in den Jahren 2018 bis 2020 werden anerkannt.
2. Finanzierung der Instandsetzungen mittels Darlehen:
 - a) Der Kreis Warendorf trägt die Zins- und Tilgungsleistungen für neue Darlehen i. H. v. maximal 1.303.200 € des Caritasverbandes im Kreisdekanat Warendorf e. V. während der gesamten Laufzeit, soweit keine Förderung durch Dritte erfolgt.
 - b) Zu diesem Zweck wird der Übernahme einer Ausfallbürgschaft für ein vom Caritasverband im Kreisdekanat Warendorf e. V. noch aufzunehmendes Darlehen für den aufgeführten Zweck i. H. v. maximal 1.303.200 € zugestimmt.
3. Direkte Finanzierung der Instandsetzungen über die Schul-/ Bildungspauschale:

Der verbleibende Betrag i. H. v. maximal 409.000 € wird in den Jahren 2018 bis 2020 aus den angesparten Mitteln der Schul- und Bildungspauschale des Kreises Warendorf getragen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen (15 Ja)

11.	Umsetzung des FMO-Finanzierungskonzeptes - Zuführung zur Tranche 2019 und Tranche 2020	406/2017
------------	---	-----------------

Herr Dr. Funke erklärt den Beschlussvorschlag. In diesem Zusammenhang weist er darauf hin, dass das Finanzierungskonzept des FMO greife und die Gesellschaft in die Lage versetzt werden solle, Eigenkapital aufzubauen.

Beschlussvorschlag:

Auf der Basis der im Jahr 2014 durch die FMO-Gremien der langfristigen FMO Finanzierung zugrunde gelegten Finanzierungsvariante A (s. Anlage 1) wird für die Geschäftsjahre 2019 und 2020 jeweils eine Einzahlung in die Kapitalrücklage in Höhe des prozentualen Anteils von 16,8 Mio. € des Kreises Warendorf am Stammkapital – also i. H. v. 409.780 € – beschlossen.

Die Vertreter des Kreises Warendorf in den Gremien der FMO GmbH werden beauftragt, die entsprechenden Beschlüsse zu fassen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen (15 Ja)

12.	Beratung des Entwurfs der Haushaltssatzung 2018 mit Haushaltsplan und Anlagen, soweit die Zuständigkeit anderer Fachausschüsse nicht gegeben ist	389/2017
------------	---	-----------------

Herr Kreft ruft mithilfe der Präsentation (lag als Tischvorlage aus und zur Niederschrift **Anlage 3**) die Teile des Haushaltsplanes 2018 mit Anlagen zur Beratung auf, die in die alleinige Zuständigkeit des Finanzausschuss fallen. In diesem Zusammenhang werden folgende Anträge und Anfragen beraten:

1. Anfrage der Kreistagsfraktion Die Linke vom 29.11.2017

„Entwicklung der wertgesicherten Anlagen.“

Die Entwicklung der Anlagen wurde in der Sitzung mündlich erläutert.

2. Antrag der Kreistagsfraktion Die Linke vom 26.11.2017

„Zuführung zum Kapitalstock Pensionslasten von 3 auf 6,6 Mio. € erhöhen.“

Abstimmungsergebnis: abgelehnt (15 Nein)

3. Antrag der Kreistagsfraktionen CDU und FDP vom 12.11.2017

„Zuführung zum Kapitalstock Pensionslasten von 3 auf 5 Mio. € erhöhen.“

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich angenommen (12 Ja, 2 Nein, 1 Enthaltung)

4. Antrag der Kreistagsfraktionen CDU und FDP vom 12.11.2017

„Entschuldung um weitere 1,6 Mio. €.“

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen (13 Ja, 2 Enthaltung)

5. Antrag der FWG-Kreistagsfraktion vom 14.11.2017

„Verzicht auf die Neuaufnahme eines Kredits in Höhe von 1,6 Mio. €.“

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich angenommen (9 Ja, 4 Nein, 2 Enthaltung)

6. Antrag der Kreistagsfraktion Bündnis 90 / Die Grünen vom 13.11.2017

„Änderung einer Formulierung in der Produktbeschreibung.“

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen (15 Ja)

7. Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 30.11.2017

„Fortführung des MobiTickets ab dem 01.01.2018 mit dem Angebot der Variante „Modell 2“.“

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen (14 Ja, 1 Enthaltung)

8. Anfrage der Kreistagsfraktion Bündnis 90 / Die Grünen vom 21.11.2017

„Anfrage zur Errichtung einer Vollzeitstelle ohne Planstelle im Rahmen eines „Amazon-Projektes“.“

Die Beantwortung der Anfrage erfolgte mündlich und ist der Niederschrift als **Anlage 4** beigefügt.

9. Antrag der Kreistagsfraktion Die Linke vom 21.11.2017

„Verzicht auf die Einrichtung es Arbeitsplatzes in Vollzeit ohne Planstelle im Jobcenter für das „Amazon-Projekt“.“

Abstimmungsergebnis: abgelehnt (15 Nein)

10. Antrag der AfD-Kreistagsfraktion vom 14.11.2017

„Streichung der Position des Klimaschutzmanagers.“

Abstimmungsergebnis: abgelehnt (15 Nein)

11. Antrag der AfD-Kreistagsfraktion vom 14.11.2017

„Streichung der geplanten 1,5 Stellen in der Bußgeldstelle.“

Abstimmungsergebnis: abgelehnt (15 Nein)

Herr Dr. Funke informiert die Ausschussmitglieder über die Änderungen in den Änderungslisten (siehe TOP 13), die den Finanzausschuss betreffen.

Beschlussvorschlag:

Der Entwurf der Haushaltssatzung mit Haushaltsplan und Anlagen für das Haushaltsjahr 2018, soweit die Zuständigkeit anderer Fachausschüsse nicht gegeben ist, wird mit den Änderungen, die sich aus der Sitzung ergeben, beschlossen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen (14 Ja, 1 Enthaltung)

13.	Abschließende Beratung und Beschlussfassung zur Haushaltssatzung 2018 mit Haushaltsplan und Anlagen	390/2017
------------	--	-----------------

Herr Menke führt an, dass er sich beim Haushalt wegen der Diskussion zum Pensionsstock (TOP 15) enthalten wird.

Herr Dr. Funke erklärt den Beschlussvorschlag. In diesem Zusammenhang weist er darauf hin, dass auch eine Stellungnahme der Stadt Beckum vom 24.11.2017 vorliegt. Auf die als Tischvorlage vorgelegten Unterlagen, die Anlage zur Niederschrift sind (**Anlage 5**), wird verwiesen; auf die tabellarische Übersicht über die Einwendungen der Städte und Gemeinden wird gesondert eingegangen.

Beschlussvorschlag:

1. Die Beratungsergebnisse der Ausschüsse, so wie sie sich aus den Listen (**Anlage 1**) ergeben, werden beschlossen.
2. Die gemeinsame Stellungnahme der Bürgermeisterin und der Bürgermeister der Städte und Gemeinden im Kreis Warendorf vom 10.10.2017 zum Eckdatenpapier des Landrats zum Entwurf des Kreishaushaltes 2018 sowie die Stellungnahme der Stadt Sendenhorst vom 10.11.2017 werden zur Kenntnis genommen. Die darin vorgebrachten Einwendungen werden entsprechend der beigefügten tabellarischen Übersicht (**Anlage 2**) behandelt.
3. Der Hebesatz zur allgemeinen Kreisumlage wird auf ___ v. H., der Hebesatz für die Jugendamtsumlage wird auf ___ v. H. festgesetzt.
4. Im Übrigen wird die Haushaltssatzung des Kreises Warendorf für das Jahr 2018 mit ihren Anlagen in der eingebrachten Fassung mit den empfohlenen Änderungen aller Fachausschüsse beschlossen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen (14 Ja, 1 Enthaltung)

14.	Beteiligungsbericht des Kreises Warendorf für das Jahr 2016	391/2017
-----	--	-----------------

Der Finanzausschuss nimmt den Bericht **zur Kenntnis.**

15. Wechsel des Vermögensverwaltungsmandats von der DZ Bank AG (früher: WGZ Bank) zur DZ Privatbank S.A.	407/2017
---	-----------------

Die Vertreter der DZ Privatbank S.A. Herr Libertus und Herr Siedhoff stellen sich und ihre Bank dem Finanzausschuss vor. Anhand einer PowerPoint-Präsentation, die den Ausschussmitgliedern auch als Tischvorlage vorliegt und Anlage der Niederschrift ist (**Anlage 6**), berichten sie über die mögliche Fortführung und die Ausgestaltung des Vermögensverwaltungsmandats.

Herr Siedhoff merkt an, dass sich in der Präsentation unter „Fazit“ ein Fehler befindet: bei der Risikopräferenz ist das Wort „Risikobereit“ durch „Risikoscheu“ zu ersetzen, da die Kreisverwaltung diese Präferenz „Risikoscheu“ durch die Ausgestaltung der Anlagekonditionen vorgegeben hat.

Nach der Präsentation stehen die Herren der DZ Privatbank S.A. dem Gremium für Fragen zur Verfügung. Bei den Nachfragen geht es um ethische Maßstäbe zur Auswahl der Anleihen sowie den Firmensitz und Gerichtsstand der Bank. Herr Thiel fragt, ob es einen Vertrag zur Gewinn- und Verlustabführung mit dem Mutterkonzern gebe.

Weder Herrn Libertus noch Herrn Siedhoff ist ein solcher Vertrag bekannt.

Im Nachgang zur Sitzung wurden die Themenbereiche „Insolvenzfall und Einlagensicherung der DZ Privatbank S.A.“ und „Gewinnabführungsverträge mit der DZ Bank AG“ mit der DZ Privatbank weiter erörtert. Hierüber wurden die Fraktionsvorsitzenden mit Schreiben vom 10.01.2018 unterrichtet.

Herr Möllmann erkundigt sich, ob bei der Auswahl der Anleihen den Konzernprodukten ein Vorzug gegeben werde. Herr Libertus erklärt, dass entsprechend des „best-select-Ansatzes“ vorgegangen wird und derzeit wenig eigene Anlagenprodukte im Portfolio zu finden sind.

Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung wird beauftragt, die Übertragung des Vermögensverwaltungsmandats von der DZ Bank AG (früher: WGZ Bank) auf die DZ Privatbank S. A. vorzunehmen.

Die Abstimmung über diesen Beschlussvorschlag erfolgt nachdem die Vertreter der DZ Privatbank S.A. den Raum verlassen haben, also in nichtöffentlicher Sitzung.

Mit einem Dank an die Anwesenden beendet Herr Kreft um 12:40 Uhr die Sitzung.

gez.
Peter Kreft
Vorsitz

gez.
Dr. Stefan Funke
Schriftführer